

Übungsaufgaben

Arbeitsvorschlag

Anforderungsbereich I

Stellen Sie mit eigenen Worten die Auffassung des Verfassers Hans Herbert von Arnim zur Parteiendemokratie in Deutschland dar.

Musterlösung zur Übung im Anforderungsbereich I

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim äußert sich in seinem 2008 erschienenen Buch „Die Deutschlandakte“ zu Grundfragen des Wahlsystems der Bundesrepublik Deutschland. In seinen Augen ist dieses System ein „inszenierter Schein“ – eine Einschätzung, die er mit einer kritischen Betrachtung der Parteiendemokratie (Zeilen 1–12) und des undurchsichtigen Wahlverfahrens (Zeilen 13–24) begründet.

Hans Herbert von Arnim zufolge habe die politische Klasse in Deutschland das Wahlsystem soweit „pervertiert“, dass die Mandatsträger nicht mehr vom Volks bestimmt würden (Zeile 1f). Durch das Verfahren der Parteilisten würde der Wähler „überlistet“, denn diejenigen, die von ihrer Partei auf die vorderen Listenplätze gesetzt würden, seien schon so gut wie im Parlament. Selbst Kandidaten, die einen Wahlkreis verlieren würden, kämen auf diese Weise dennoch zu einem Mandat (Zeilen 3–8). Der Bürger habe daher gar nicht wirklich die Chance, seine Repräsentanten zu wählen. Und auch eine Abwahl, mit der die Bürger die

Mandatsträger für ihr Tun zur Verantwortung ziehen könnten, sei in unserem Wahlsystem nicht vorgesehen (Zeilen 8–12).

Zudem sei das Wahlsystem vor allem mit Blick auf die Zweitstimmen völlig undurchsichtig. Die Wähler wüssten in der Regel nicht, wem sie mit ihrer Zweitstimme in das Parlament verhelfen (Zeilen 13–15). Kaum ein Wähler würde Einblick in die Landeslisten der Parteien nehmen, und selbst wenn, hätten die Bürger keinen Einfluss auf die Reihenfolge der dort aufgestellten Kandidaten (Zeilen 15–18).

Hans Herbert von Arnim kommt zu dem Schluss, dass damit dem in unserer Verfassung verankerten Konzept der repräsentativen Demokratie die Grundlage entzogen sei (Zeile 19f). Wenn die Parteien weitgehend bestimmen würden, wer in das Parlament kommt, könnten die Bürger die Abgeordneten kaum mehr als ihre Repräsentanten und die von ihnen verabschiedeten Gesetze kaum mehr als bindend ansehen (Zeilen 20–24).

Übungsaufgaben

Arbeitsvorschlag

Anforderungsbereich II

Analysieren Sie die vorliegenden Materialien (M2 bis M4) mit Blick auf die mit einer flächendeckenden Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland verbundenen möglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen.

Musterlösung zur Übung im Anforderungsbereich II

Die vorliegenden Materialien umfassen einen Text des Wirtschaftswissenschaftlers Gustav Horn aus dem Jahr 2006, eine Grafik der Industriegewerkschaft Metall zur Entwicklung des Niedriglohnsektors aus dem Jahr 2011 und einen kurzen Textausschnitt des Wirtschaftswissenschaftlers Michael Hürther ebenfalls aus dem Jahr 2006. Alle Materialien befassen sich mit dem gegenwärtigen Lohnniveau in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Frage nach der Einführung eines flächendeckenden gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohns. Die beiden Wirtschaftswissenschaftler nehmen zu dieser Frage eine völlig entgegengesetzte Grundhaltung ein und bewerten die möglichen wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Folgen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sehr unterschiedlich.

Der Wirtschaftswissenschaftler Gustav Horn sieht in seinem 2006 in „Der Zeit“ veröffentlichten Artikel die Einführung eines gesetzlich verbindlichen Mindestlohns als notwendige Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung der zurückliegenden Jahre. In seinen Augen hat die Bundesrepublik Deutschland ein „Lohnproblem“, da die Löhne und Gehälter seit mehr als zehn Jahren stagnieren oder sinken (vgl. Zeile 1f). Die Unternehmensgewinne seien auf der anderen Seite geradezu explodiert, ohne dass dadurch auf dem Arbeitsmarkt ein positiver Effekt erzielt worden sei. Daher sei die Strategie, die Arbeitslosigkeit in Deutschland durch sinkende Lohnkosten zu reduzieren gescheitert (vgl. Zeilen 2–6.) Da durch diese Entwicklung die Sozialsysteme und öffentlichen Haushalte unter Druck geraten, rät Gustav Horn in seinem Artikel der Politik dazu, vom Instrument eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns Gebrauch zu machen, und verweist dazu auf andere europäische Länder, die diesen Schritt bereits gegangen sind (vgl. Zeilen 8–11). Für Gustav Horn ist ein Mindestlohn, den er zwischen 7,40 € und 8,70 € in der Stunde ansetzen würde (vgl. Zeilen 40–44), dabei kein „ökonomisches Instrument erster Wahl“, sondern eher eine Art „Notfallmedizin“ (vgl. Zeilen 45–49), die aber in der gegenwärtigen Situation notwendig erscheint. Diese Analyse Gustav Horns wird gestützt durch die Zahlen zur „Entwicklung des Anteils der Niedriglohnempfänger in verschiedenen Beschäftigungsgruppen“, die von der Industriegewerkschaft Metall 2011 herausgegeben wurden. Als Niedriglohn ist hier für Westdeutschland ein Bruttolohn in der Stunde von unter 9,62 € und für Ostdeutschland von unter 7,18 € festgelegt. In einem Balkendiagramm werden hier die prozentualen Anteile der jeweiligen Beschäftigungsgruppen in den Jahren 1995 und 2007

verglichen. Innerhalb dieses Zeitraums ist der Anteil der Niedriglohnempfänger unter allen Beschäftigten von 14,7% auf 21,5% gestiegen. Besonders große Zuwächse sind bei den Beschäftigungsgruppen der unter 25-Jährigen (von 29,3% auf 46,9%), der befristeten Beschäftigten (von 25,4% auf 43,2%) sowie der Menschen ohne Berufsausbildung (von 30,4% auf 43,3%) festzustellen. Doch auch in der Gruppe der Menschen mit einer Berufsausbildung ist der Zuwachs von 13,3% auf 22,6% deutlich. Mit Blick auf das vorliegende Zahlenmaterial ist die Feststellung Gustav Horns, dass Deutschland ein Problem mit sinkenden oder stagnierenden Löhnen habe, sicher berechtigt.

Als umstritten kann jedoch das von Gustav Horn in dieser Situation vorgeschlagene Instrument eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gelten. Die vorliegenden Materialien liefern neben der Argumentation Gustav Horns auch eine Gegenargumentation des Wirtschaftswissenschaftlers Michael Hürther. Beide sehen mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn unterschiedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen verbunden, auf dies im Folgenden eingegangen wird:

Für Gustav Horn hat ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in dieser Situation eine wichtige ökonomische Funktion – er stärkt die Verhandlungsposition von Arbeitssuchenden gegenüber möglichen Arbeitgebern. Dies sei notwendig, da in den letzten Jahren die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften deutlich abgenommen habe und viele Unternehmen sich dem Geltungsbereich von Tarifverträgen entzogen haben (vgl. Zeilen 12–23). Einem möglichen Gegenargument, dass es mit dem Arbeitslosengeld II in Deutschland bereits so etwas wie einen inoffiziellen Mindestlohn gäbe, unter dem keine Unternehmen Menschen für ein Beschäftigungsverhältnis gewinnen könne, hält Gustav Horn entgegen, dass dieser inoffizielle Mindestlohn deutlich niedriger sei, als der gesetzliche Mindestlohn in anderen europäischen Ländern. Der Lohndruck nach unten sei daher in Deutschland stärker als in anderen europäischen Staaten (vgl. Zeilen 24–30).

Dem hält Michael Hürther entgegen, dass die Arbeitgeberseite ihrerseits durch einen beschleunigten Strukturwandel und einen internationalen Standortwettbewerb stark unter Druck geraten und daher auf niedrige Löhne angewiesen sei. Wolle man auch gering qualifizierten Menschen in Deutschland eine Beschäftigung ermöglichen, so ginge dies nur über eine „Öffnung der Lohnstruktur nach unten“ (vgl. Zeilen 1–5). Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns würde nach Auffassung Michael

Hüthers allerdings die Beschäftigungschancen bisher arbeitsloser Menschen deutlich reduzieren. Jetzt bestehende Niedriglohntätigkeiten könnten rationalisiert oder durch Dienstleistungsimporte ersetzt werden (vgl. Zeilen 5–9). Michael Hüther schließt seine Aussagen mit der Feststellung: „Besser working poor als nur poor“ (vgl. Zeile 13f.).

Gustav Horn ist an dieser Stelle allerdings der Auffassung, dass es für einen solchen Zusammenhang, zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigungschancen keinen in Studien belegbaren Nachweis gebe. Vielmehr sei durch höhere Löhne ein wirtschaftlicher Wachstumseffekt zu erwarten, da die höheren Einkommen bisheriger Geringverdiener in den Konsum gingen und zu einer Steigerung der Binnennachfrage führten (vgl. Zeilen 33–39).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es in der Bundesrepublik Deutschland in den zurückliegenden Jahren in der Tat eine deutliche Entwicklung zur Ausweitung des Niedriglohnssektors ge-

geben hat. Nahezu alle Beschäftigungsgruppen sind davon betroffen, auch – und das ist bemerkenswert – Menschen mit einer Berufsausbildung, also gut qualifizierte Arbeitnehmer. Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ist als Reaktion auf diese Situation unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten. Je nach Perspektive, d. h. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer wird man hier zu einer anderen Einschätzung gelangen. Aus Arbeitnehmersicht wäre ein solcher Schritt sicher zu begrüßen. Es ist zudem der Einschätzung zuzustimmen, dass durch die damit verbunden Anhebung des Lohnniveaus eine Belebung der Binnennachfrage erfolgen kann. Da viele europäische Nachbarstaaten den Weg des Mindestlohnes beschritten haben, dürfte zumindest im binneneuropäischen Wettbewerb den deutschen Arbeitgebern aus einer Einführung eines solchen Mindestlohns in Deutschland kein Nachteil erwachsen.

Übungsaufgaben

Arbeitsvorschläge

Anforderungsbereich I

Fassen Sie mit eigenen Worten die sicherheitspolitischen Einschätzungen des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt bezüglich der Beziehungen der westlichen Industrienationen mit dem Islam zusammen.

Anforderungsbereich II

Helmut Schmidt bezieht sich in seinen Text auf die von Samuel Huntington unter der Überschrift „clash of civilizations“ vorgestellten Thesen zur internationalen Politik des beginnenden 21. Jahrhunderts. Erläutern Sie vor dem Hintergrund Ihrer Kenntnisse aus der Arbeit mit dem Kapitel „Internationalisierung und Globalisierung“ die sicherheitspolitische Analyse Samuel Huntingtons.

Anforderungsbereich III

Ist der von Huntington analysierte „Zusammenprall der Zivilisationen“ eine notwendige Entwicklung oder sehen Sie Alternativen? Welche Rolle könnte die Europäische Union in dieser Entwicklung spielen?

Musterlösung zur Übung in den Anforderungsbereichen I bis III

Aufgabe 1:

Bei dem vorliegenden Material handelt es sich um einen Textauszug aus dem 2006 erschienen Buch Helmut Schmidts „Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen“. Helmut Schmidt, ehemaliger Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, geht hier ausführlich auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Ländern der islamischen und westlichen Kulturen ein. Er bezieht sich dabei explizit auf die Thesen Samuel Huntingtons über eine „Zusammenprall der Zivilisationen“.

Helmut Schmidt macht zunächst darauf aufmerksam, dass rund ein Drittel der Staaten der Welt dem islamischen Kulturkreis zuzurechnen sind. Er hebt zudem hervor, dass sich innerhalb der muslimischen Welt sowohl Spannungen zwischen rivalisierenden religiösen Bekenntnissen als auch in der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Staaten zeigen. Mit Blick auf diese Spannungen und den seit Jahrzehnten andauernden Konflikt mit Israel sieht Helmut Schmidt im Nahen und Mittleren Osten einen latenten Unruheherd der Weltsicherheitspolitik (vgl. Zeilen 1–11).

Die Interessenlage der westlichen Welt ist nach Aussagen Helmut Schmidts mit Blick auf diese Region vor allem durch die enormen Erdölvorräte geprägt (vgl. Zeilen 6–9). Helmut Schmidt schätzt im Folgenden die Beziehungen zwischen den islamischen und westlichen Kulturen als problematisch ein. So sei der Blick vieler Europäer und Amerikaner auf den Islam durch Unkenntnis und Vereinfachungen sowie einer tendenziellen Gleichsetzung des Islam mit einem islamistischen Extremismus oder Terrorismus gekennzeichnet. Ebenso sei der Blick vieler Muslime auf die westliche Welt durch zahlreiche Missverständnisse geprägt, wie z. B. einen übermäßigen Lebensstandard und eine freizügige Lebensweise. Den islamistischen Fundamentalismus bezeichnet Helmut Schmidt dabei in Teilen als eine Abwehrreaktion auf Globalisierung und Modernisierung (vgl. Zeilen 12–24).

Sehr kritisch bewertet Helmut Schmidt in diesem Zusammenhang die Anstrengungen der USA den Mittleren Osten durch Demokratisierung stabilisieren zu wollen. Ihr liege zum einen eine

Fehlwahrnehmung zugrunde, die die westliche Welt mit Demokratie und die islamische Welt mit Diktaturen und autoritären Herrschaftsformen gleichsetzte (vgl. Zeilen 26–28). Zum anderen verkenne die Illusion einer raschen Demokratisierung in den Augen Schmidts die langen, zum Teil gewaltsamen Demokratisierungsprozesse der westlichen Welt selbst. Zudem müsse der Versuch, den Ländern des Mittleren Ostens demokratische Verhältnisse von außen zu oktroyieren, Konflikte und Feindschaft heraufbeschwören (vgl. Zeilen 28–37).

Unter Rückbezug auf Samuel Huntingtons Analyse eines „Zusammenpralls der Zivilisationen“ spricht sich Helmut Schmidt für einen Dialog zwischen christlicher und islamischer Welt in religiöser Toleranz aus. Ein solcher Dialog läge vor allem auch im vitalen Interesse Europas. Da in Europa ein Großteil der Muslime lebten, sei für die Europäer ein friedvoller Dialog der beiden Weltreligionen bedeutsamer als für die Amerikaner (vgl. Zeilen 38–46).

Aufgabe 2:

Der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington legte gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine weltpolitische Analyse vor, die sich mit der internationalen Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges befasste. Seine Thesen fanden weltweites Interesse. Die Kernpunkte seiner Analyse stellen sich wie folgt dar:

Samuel Huntington sieht nach dem Ende des Kalten Krieges und durch den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten in einer globalisierten Welt die Ursachen für zukünftige Konflikte in den Spannungen zwischen den unterschiedlichen Kulturkreisen. Solche Kulturkreise sind für ihn beispielsweise der westlich-abendländische, der muslimische, der asiatische, usw. Für Huntington sind dabei die Unterschiede zwischen den Kulturen grundlegender als zwischen Ideologien, wie sie in der Zeit des Kalten Krieges zwischen den beiden Machtblöcken der USA und der UdSSR prägend waren. Zwischen den Kulturen bestehen nach Auffassung Huntingtons völlig unterschiedliche Anschauungen über das Verhält-

nis von Religion und Staat, Individuum und Kollektiv, Mann und Frau, Bürger und Staat, Rechte und Pflichten, Freiheit und Autorität, usw. Derartig grundlegende Werthaltungen wird ein Mensch nicht einfach so ablegen. Samuel Huntington stellt dazu fest: Ein Ideologie kann man wechseln, die kulturelle Herkunft und Prägung jedoch nicht.

Ein weiterer zentraler Gesichtspunkt der Theorie Samuel Huntingtons sind die Globalisierungsprozesse in der Welt nach 1945. Diese Globalisierungsprozesse haben alte Identifikationsmuster (z. B. Nationalstaaten, Ideologien) an Bedeutung verlieren lassen. Diese Lücke haben in den Augen Huntingtons in vielen Teilen der Welt die Religionen eingenommen, nicht selten in Form von fundamentalistischen Bewegungen. Die Weltreligionen bieten einen Rahmen für eine Identifikation nach innen, in seinen eigenen Kulturkreis, und zur Abgrenzung gegenüber Menschen aus anderen Kulturkreisen. Die zukünftigen Konfliktlinien in der Welt sieht Samuel Huntington daher an den Kontaktlinien der Kulturkreise und ihrer prägenden Religionen.

Auch wenn Samuel Huntington für seine Theorie den Titel „Zusammenprall der Zivilisationen“ wählt stellt er heraus, dass die Differenzen zwischen den Kulturkreisen nicht notwendigerweise Konflikt und kriegerische Auseinandersetzungen bedeuten müssen. Allerdings stellt er aber auch fest, dass sie in der Geschichte bislang zu den längsten und gewalttätigsten Kriegen geführt haben. Das dies auch künftig so sein könnte, ist eine Einschätzung, die Samuel Huntington auf das beginnende 21. Jahrhundert projiziert.

Aufgabe 3:

Die von Samuel Huntington in seine Theorie vom „Zusammenprall der Zivilisationen“ für das beginnende 21. Jahrhundert prognostizierten Konflikte zwischen den Kulturkreise stellen keine notwendige Entwicklung dar.

Zum einen ist festzuhalten, dass die gegenwärtigen internationalen Kriege und Konfliktlinien kaum an den Nahtstellen der Kulturkreise, sondern eher innerhalb der Kulturkreise verlaufen, d. h. beispielsweise Konflikte von Muslimen mit Muslimen sind. Zum anderen wird eine differenzierte Betrachtung weitere Konfliktlinien nicht zwischen der westlichen Welt und dem Islam als solchem, sondern eher zwischen einer fundamentalistischen Minderheit innerhalb des Islam und dem westlichen Kulturkreis erkennen.

Ein „Zusammenprall der Zivilisationen“ und Kulturkreise wie Samuel Huntington ihn herausarbeitet ist daher nicht notwendig. Vielmehr kann die Überbetonung einer solchen Auffassung eher den radikalen Kräften auf beiden Seiten in die Hände spielen. Wünschenswert ist ein konstruktiver Dialog zwischen der westlichen Welt und den mehrheitlich gemäßigten Gruppen des Islam sowie eine Bekämpfung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Kulturkreisen. Gerade der letztgenannte Aspekt könnte dazu beitragen, den radikalisierten Gruppen innerhalb des Islam eine Ursache ihrer Attraktivität zu nehmen.

In diesem Dialog kann die Europäischen Union – nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zur islamischen Welt und der in den Grenzen der EU lebenden Muslime – eine besondere Rolle spielen. Ganz besonders ist in diesem Zusammenhang auf einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu verweisen. Mit der Türkei, die seit 2005 in Beitrittsverhandlungen mit der EU steht, würde ein mehrheitlich islamisch geprägter Staat in die Gemeinschaft der europäischen Länder aufgenommen. Der bisherige und der zukünftige Beitrittsprozess waren geprägt von einer intensiven Debatte um Menschenrechte und Grundwerte aus christlicher und islamischer Perspektive. Ein konstruktiver Dialog zwischen der EU und der Türkei könnte ein Musterbeispiel für einen weltweit zu führenden Dialog zwischen den Kulturkreisen und ein Brückenschlag in die islamische Welt sein.